

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/02/2017

**über die öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses am 23.01.2017,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 18:30 Uhr
Ende der Sitzung : 18:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Peter Egan
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Achim Reuber
Herr Michael Stukenberg

Bürgerliche Mitglieder

Herr Tim Greiser
Herr Rolf Griesenberg

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Jürgen Eckert

Verwaltung

Herr Michael Sarach	Bürgermeister
Herr Horst Kienel	Berichterstatter
Frau Angela Haase	Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Toufic Schilling

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 **2016/113**

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

4. **Einwohnerfragestunde**

Herr Kai Uwe Fleischer erkundigt sich, wann die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 erfolge.

Der Berichterstatter teilt mit, dass die Unterlagen sich derzeit bereits in der Prüfung beim Rechnungsprüfungsamt befinden. Es wird mit einer Prüfdauer von noch rd. vier bis sechs Wochen gerechnet. Danach wird das Rechnungsprüfungsamt seinen Schlussbericht verfassen und der Jahresabschluss 2015 kann beraten werden.

5. **Festsetzung der Tagesordnung**

Die Tagesordnungspunkte ab TOP 7 sollen voraussichtlich in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden.

Der Berichterstatter teilt zu TOP 7 (Vorlage 2016/156) mit, dass nur seitens eines Kreditinstitutes ein Darlehensangebot vorliegt, ein zweites, das heute eingehen sollte, ist nicht verfügbar. Der TOP 7 wird daher abgesetzt.

Zu TOP 8 (Vorlagen-Nr. 2016/155/1) fragt der Vorsitzende nach, ob hierzu eine Erörterung gewünscht werde. Aus Zeitgründen sollte der Tagesordnungspunkt dann ggf. auf die kommende Sitzung verschoben werden.

Der Finanzausschuss empfiehlt, den Tagesordnungspunkt heute in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten; sollten weitere Verständnisfragen auftreten, sei eine erneute Beratung in der kommenden Sitzung des Finanzausschusses möglich.

Somit wird die Tagesordnung – wie in der Einladung vorgesehen (aber ohne TOP 7/abgesetzt) festgesetzt.

6. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Die 4. Änderungsliste wurde mit Datum vom 19.01.2017 verteilt. Sie beinhaltet insbesondere die weiteren abschließenden Empfehlungen des Bildungs- Kultur- und Sportausschusses, des Umweltausschusses und des Hauptausschusses, sodass alle Empfehlungen der Fachausschüsse eingearbeitet werden konnten. Dieses beinhaltet auch eine detaillierte Kürzung der Personalausgaben zum Haushalt 2017.

Hinweis der Verwaltung:

In der 3. Änderungsliste zum Haushalt 2017 war dieses noch nicht möglich; daher wurde dort nur eine globale Reduzierung vorgenommen.

Der Berichterstatter teilt mit, dass durch einen Formelfehler in Seite 6 die Gesamtsumme der Auszahlungen für Investitionen fehlerhaft ist. Irrtümlich wurde die Jahreszahl als Betrag mit einbezogen.

Hinweis der Verwaltung:

Die 4. Änderungsliste wird entsprechend korrigiert.

Der Berichterstatter teilt ferner mit, dass inhaltlich weitere zwei Änderungen vorgenommen wurden.

1. + 50.000 € für Kosten der Stadtplanung /F-Plan; nachträgliche Klärstellung des BPA vom 18.01.2017 (PSK 51100.5431011).
2. Zu korrigieren ist – bezogen auf Produkt 53810/ Bedürfnisanstalten – dass nur für das Haushaltsjahr 2017 eine weitere Anmietung des öffentlichen WCs durch den Umweltausschuss empfohlen wurde. In 2018 soll dieses abgebaut werden. Daher sind die auch für das Haushaltsjahr 2018 vorgesehenen Mietauszahlungen zu streichen, die Abbaukosten aus 2019 nach 2018 vorzuziehen.

Der Finanzausschuss nimmt diese Änderungen zur Kenntnis.

Der Vorsitzende erkundigt sich ferner – trotz der Beratung im Finanzausschuss vom 09.01.2017 –, ob die Verbesserungen in den Haushaltsjahren 2017 ff zum Anlass einer Absenkung des Hebesatzes für die Grundsteuern genommen werden sollte.

Hierzu führt Herr Langbehn aus – und erinnert auch an den für 2020 aufgrund AN 077/2016 der FDP vom 04.12.2016 gefassten Beschluss in der Sitzung des Finanzausschusses am 09.01.2017 –, dass seine Fraktion einer Änderung nicht zustimmen werde.

Herr Egan führt ferner aus, dass die Überschüsse der Jahre 2017 ff auf einmaligen Erträgen aus der Veräußerung von städtischen Grundstücken resultieren, bezogen auf das Haushaltsjahr 2017 ferner auf der erneuten Veranschlagung der ursprünglich für 2016 vorgesehenen Erstattung von Planungskosten für das B-Plangebiet 88 durch die WAS (Erstattung: rd. 1,6 Mio. EUR).

Dieser Situation muss bei der Überlegung für Steuersenkungen Rechnung getragen werden. Angesichts zunehmender zu erwartenden Belastungen z. B. für die Betreuung von Kindern, und höherer Personalkosten könne er keine Absenkung im Steuerbereich befürworten. Diesen Ausführungen schließt sich Herr Stukenberg an.

Herr Levenhagen merkt an, dass diese Überlegungen aber nicht gegen eine Absenkung z. B. im Haushaltsjahr 2017 sprächen.

Herr Reuber verweist ergänzend zum Beitrag Herrn Egans auf unterlassene Straßeninstandhaltung. Hier seien mehr Mittel erforderlich. Außerdem sei zu beachten, dass ein Überschuss im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit für Investitionen einzusetzen sei, dieses in größtmöglicher Höhe. So sei z.B. auch dem Antrag der WAB gefolgt worden, zusätzlich 1,0 Mio. EUR für den Erwerb von Grundstücken mit der Möglichkeit der Bebauung für den sozialen Wohnungsbau bereit zu stellen. Dadurch wurde der Etat zusätzlich ausgeweitet.

Der Vorsitzende fasst somit zusammen, dass der Finanzausschuss einer Veränderung des Steuerhebesatzes 2017 mehrheitlich ablehnend gegenüber steht und das Fraktionsverhalten der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2017 dieses widerspiegeln würde. Daher soll auf eine Antragstellung zur Hebesatzreduzierung der Grundsteuern in der heutigen Stadtverordnetenversammlung verzichtet werden.

Abschließend erfolgt die Beschlussfassung zum Haushalt 2017 in der Fassung der 4. Änderungsliste unter Berücksichtigung der vorstehen protokollierten Änderungen.

Abstimmungsergebnis: **7 dafür** (CDU, FDP, GRÜNE, WAB)
 2 dagegen (SPD)

Anmerkung der Verwaltung:

Als Anlage liegt die korrigierte Haushaltssatzung 2017 bei.

gez. Tobias Koch
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin